

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Abgabestellen 2, — Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 3, — Mark. Einzelhefte 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Kammerzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Die 4-spaltige Reklamazeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Die 4-spaltige Reklamazeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Die 4-spaltige Reklamazeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig.

Nr. 149 — 83. Jahrgang. Tel. Nr. 1 „Nachmittag“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 28. Juni 1924

Erstzahlen — dann räumen?

Herriot ist — glücklich oder nicht? — in Paris wieder eingetroffen und sieht sich das an, was er aus Chequers und Brüssel mitgebracht hat; was es ist, hat zwar Macdonald nicht gesagt, auch Theunis nicht, der belgische Ministerpräsident, wohl aber Herriot selbst. Er hat so oft den französisch-belgischen Pressevertretern, die ihn in ganzen Rudeln nach Chequers und Brüssel begleiteten, Interviews gewährt, daß man über alles schon einigermaßen orientiert ist, was zwischen den drei Entente-Mächten vereinbart wurde.

Freilich doch nicht ganz, denn Herriot hatte verkündet lassen, daß Macdonald eine bedingungslose, auch militärisch-englische Unterstützung zugesagt für den Fall einer neuen schuldhaften „Verfehlung“ Deutschlands gegen den Zahlungs- und Organisationsplan des Gutachten. Das wird jetzt in London sehr energisch bestritten, von militärischen Schritten sei in Chequers nicht geredet worden.

Auch in Brüssel hat die Sache doch nicht so ganz geklappt. Dort will man sich nämlich in der Sicherungs- und Abrüstungsfrage keineswegs bedingungslos dem von Herriot und Macdonald so heißgeliebten, weil von ihnen beiden beherrschten Völkerbund anvertrauen.

Aber das beides sind Dinge, die uns in Deutschland weiter gar nicht interessieren; für uns ist weit wichtiger, daß die Räumung des Ruhrgebietes von der militärisch-wirtschaftlich-administrativen Besetzung nicht stattfinden soll, wenn die Organisationen des Verkehrs durchgeföhrt sind, wenn die Eisenbahnen in der Hand des internationalen Komitees sind, die Goldnotenbank begründet und die Verwaltung der indirekten deutschen Steuern dem betreffenden Kontrollleur überantwortet ist, sondern erst dann, wenn die Eisenbahnen- und die Industrieobligationen auf den Vorkursplan der Welt begeben sind. Das sind 16 Milliarden. Wie lange das dauert, weiß kein Mensch, um so weniger, weil ja die gerade dafür anrechenbaren Voraussetzungen des Sachverständigenberichts, nämlich die Wiederherstellung dieser Einheit des Reiches, damit illusorisch gemacht werden. Es ist also ähnlich wie bei Poincaré. Erst zahlen — dann räumen. Und wo eigentlich die Wandlung gegenüber der Politik seines Vorgängers stehen soll, bleibt den Augen unvoreingenommenen Denkeren verborgen. In dieser Absicht ist Herriot übrigens in Brüssel noch bekräftigt worden, nachdem ihm in London irgendwelcher Widerstand nicht entgegengelehrt wurde.

Das Gleiche gilt von der politischen Sicherungsfrage. Hierfür verlangt Herriot erneut die Entente-Kontrolle über die drei Hauptlinien der Rhein- und Ruhrbahnen und Kontrolle des Rheinlandes durch den Völkerbund. Dazu gehört, daß man vorläufig an die Räumung des Rheinlandes nicht denkt, ja, auch nicht einmal die widerrechtlich besetzten „Gründhöfe“ nebst Duisburg, Düsseldorf und Mülheim aufgeben will.

Und schließlich soll über den Zeitpunkt, da die Räumung des Ruhrgebietes beginnen soll, die Reparationskommission mitbestimmen, nicht also die objektiv feststellbaren Bestimmungen des Berichts. Selbst aber wenn die deutschen Obligationen begeben sind, wann soll denn diese riesenhafte Anforderung an das Weltkapital, die es je gegeben hat, eigentlich durchgeföhrt sein?

Von all dem steht natürlich kein Wort in dem Sachverständigenbericht; aber ebenso natürlich hat „Frankreich diesen Bericht bedingungslos angenommen“. Das braucht man freilich nicht so ernst zu nehmen.

Und als schließlich letztes Resultat der Reise Herriots bleibt noch die Entente-Konferenz Mitte Juli, zu der die Einladungen nach Rom, New York und Tokio schon tragan sind. Die Methode der Ausführung des Sachverständigenplanes soll Beratungsgegenstand sein. In welcher Versammlung? Nur der ersten, nämlich jener, „zu der Deutschland nicht hinzugezogen wird“. Dort können sich die Alliierten einigen und werden dann mit Deutschland zusammenzutreten, etwaige deutsche Gegenentwürfe prüfen. Wir kennen solche „Prüfungen“ seit mehr denn fünf Jahren; es entstanden aus ihnen immer — Prüfungen für uns. Was soll überhaupt das große Wort „Verhandlungen“! Schon jetzt erklären die „Times“, daß von großen Verhandlungen mit Deutschland gar nicht die Rede sein könne, sondern es sich einfach darum handelt, die in Chequers geschlossenen Beschlüsse durchzuführen.

Und widerstreben wir, so hat man ja „Sanktionen“; man hat diese auch, wenn wir bei der Erfüllung in Verzug geraten. Automatisch eintretende Sanktionen so gar werden für diesen Fall angekündigt. Dafür aber haben wir vorläufig keine Räumung des Ruhrgebietes, keine Räumung des Rheinlandes, 1925 dem Versailler Vertrag gemäß, überhaupt nur die Pflichten, mehr als die Pflichten des Sachverständigen-Planes, die weit hinausgehen über Versailles.

von Hüsch wieder in Paris.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.) Paris, 27. Juni. Der deutsche Botschafter v. Hüsch ist gestern früh wieder in Paris eingetroffen. Seine Demoge bei Herriot wegen der Präzisierung mehrerer Fragen betreffend Ruhrbesetzung, Räumungsverträge, Entwaffnungsfragen usw. wird wahrscheinlich am Abend erfolgen.

Herriot über die außenpolitische Lage.

Paris, 26. Juni. Der Senat ist heute nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten. Der neugewählte Präsident de Selves übernahm sein Amt und hielt die übliche Eröffnungsrede.

Sobann ergriff Senator Hubert das Wort, um an den Präsidenten Herriot Fragen über den Charakter, die Ergebnisse und die Folgen der in London und Brüssel geföhrt Unterredungen zu stellen.

Senator Hubert erklärt, die Verhandlungen, die Ministerpräsident Herriot geföhrt habe, hätten im ganzen Lande eine berechtigete Erregung hervorgerufen, denn Frankreich begreife, daß seine Zukunft auf dem Spiele stehe. Es frage sich nun, ob die kommenden Tage ihm den Frieden und die Sicherheit bringen würden. Es sei nötig, daß man sich offen ausbreite. Die Regierung müsse zwar die nötige Discretion über den Erfolg der Verhandlungen wahren, aber Aufklärung geben. Das sei auch die Ansicht des Ministerpräsidenten, der ihm gestern erklärt habe, er sei bereit, auf Fragen zu antworten, die er im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten stelle. — Senator Hubert stellt dann folgende

1. Ist der Expertenplan mit Vorbehalt von allen Alliierten angenommen worden und wird er vollkommen zur Ausführung gebracht oder werden Abänderungen vorgenommen und wird die deutsche Regierung ihn annehmen?
2. Sind die von der Presse veröffentlichten Nachrichten, daß das Ruhrgebiet nach Maßgabe der Zahlungen Deutschlands geräumt wird, richtig und wird die Möglichkeit einer eventuellen Wiederbesetzung gegeben sein?
3. Wird die Besetzung des linken Rheinufers keinerlei Einbuße erleiden?
4. Wird die Befreiung Deutschlands zum Völkerbund von einigen unserer Alliierten gewünscht und hat Frankreich in dieser Frage Verpflichtungen übernommen?
5. Ist Belgien mit uns in der Reparations- und Sicherheitsfrage einverstanden und befürchtet es nicht, daß wir uns zu früh auf den Völkerbund stützen wollen? Hat es nicht Einwendungen hinsichtlich der Absendung einer englisch-französischen Note gemacht?
6. Ist Italien über die Verhandlungen von London und Brüssel auf dem laufenden gehalten worden?
7. Wie soll die Entwaffnung Deutschlands fernerhin durchgeführt werden und was wird man tun, wenn Deutschland die Note Macdonalds und Herriots nicht beachtet?
8. Wo und wann findet die geplante interalliierte Konferenz statt und welche Nationen werden an ihr teilnehmen?
9. Zu welchen Opfern ist England beispielsweise in der interalliierten Schuldenfrage als Entschädigung für unsere Konzeptionen bereit und welches wird die eventuelle Haltung der Vereinigten Staaten in der Kriegsschuldenfrage sein?
10. Waren die Verhandlungen zwischen Herriot, Macdonald und Theunis nur ein Meinungs-austausch oder sind präzise Verpflichtungen übernommen worden?

ergriff das Wort und verliest eine schriftliche Erklärung, die wie folgt lautet:

Ich habe mich infolge einer Einladung des britischen Premierministers nach Chequers begeben, um mit ihm die Arrangements zu besprechen, die geeignet sind, den Sachverständigenplan zur Ausführung zu bringen. Ich vertraue auf die Annahme dieses Planes. Die Alliierten müssen Sicherheit erlangen, daß ihre Forderungen von Deutschland einen kommerziellen Wert tragen.

Was die militärische Besetzung des Ruhrgebietes anbelangt, ist in keinem Augenblick die Rede davon gewesen, die Handlungsfreiheit der französischen und der englischen Regierung aufzugeben. Es war notwendig, Verletzungen Deutschlands im Dawes-Plan ins Auge zu fassen. Ramsay Macdonald hat mir bestätigt, daß für den Fall, daß Deutschland verlege, Großbritannien als Hüter des Vertrages sich feierlich verpflichten werde, an der Seite der Alliierten zu bleiben. Wir haben noch das Borgeben zu prüfen, das im Falle etwaiger Verletzungen Deutschlands angängig erscheint.

Aber unsere Unterhaltung hat sich auch auf die Mitarbeit Englands bei der Aufrechterhaltung des Friedens erstreckt und auf die Frage einer Garantie für Frankreich gegen einen deutschen Angriff. Ich hätte die Sicherheit, die der Friedensvertrag gibt, nicht aufgeben können.

Was die Gebiete anbelangt, die der französisch-belgischen Regie unterworfen sind, werden die Sicherheitsbedingungen militärischen Sachverständigen unterbreitet.

Damit Europa in Frieden leben kann, muß Deutschland entwaffnet sein. Erklärungen und Versprechungen können uns nicht genügen. Ich habe mich überzeugt, daß in dieser Frage die Ansicht Macdonalds mit der meinigen absolut übereinstimmt, und daraus erklärt sich auch die Absendung einer von Macdonald und mir unterzeichneten Note an Deutschland.

Unsere belgischen Freunde, die so oft für eine Verständigung zwischen Frankreich und Großbritannien gearbeitet haben, haben sich über diesen Beschluß, der ihnen mitgeteilt wurde, so wie er gestaltet war, geäußert. Denn unsere Bemühungen sind im gemeinsamen Interesse der Alliierten erfolgt und zielen darauf ab, die Einheitsfront wiederherzustellen. Die Minister Theunis

und Symons haben sich, nachdem ich sie über die Einzelheiten unserer Unterhandlungen unterrichtet habe, mit uns vollkommen einverstanden erklärt. In keinem Augenblick und in keiner Frage hat es Schwierigkeiten gegeben. Der Augenblick war für die deutsche Regierung schlecht gewählt, einen neuen Modus für Verhandlungen zu suchen.

Mein Interesse besteht darin, so rasch wie möglich die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des Dawes-Planes zu ergreifen. Dieser Plan macht die Einberufung einer Konferenz notwendig. Der englische Premierminister hat den Wunsch ausgesprochen, daß diese Konferenz in London stattfinden soll. Wir haben seinen Vorschlag angenommen. Ich werde dem auswärtigen Ausschuss Aufklärungen zu geben haben. England wünscht, daß sich Deutschland durch unterschriebene Verpflichtungen bindet. Ich habe alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, damit diese Verpflichtungen keinerlei Änderung des Friedensvertrages von Versailles schaffen.

Ich habe die Frage der interalliierten Schulden aufzuwerfen müssen. Ramsay Macdonald hat zugestanden, daß diese Verhandlungen unverzüglich wieder aufgenommen werden. Ich habe auf die ungünstige Lage hingewiesen und werde immer wieder darauf hinweisen, in der sich Frankreich befindet, wenn man ihm nicht in dieser Frage eine billige Lösung zugesteht.

Ich habe einigen Vertretern die im Laufe der Verhandlungen erzielten Resultate mitgeteilt. Ich habe mich durch endgültige Abmachungen nicht gebunden. Ich habe die Rechte des Parlaments gewahrt. Das letzte Ergebnis dieses Wunsches ist die Festlegung des einmütigen Wunsches der Vertreter Englands, Frankreichs und Belgiens, einen Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu schaffen. Wir haben erklärt, daß an dem Tage, an dem Deutschland die Verpflichtungen erfüllt hat, die ihm der Vertrag von Versailles auferlegt, es nur von ihm abhängen werde, in den Völkerbund einzutreten. Wir haben uns dann verständigt, zu erklären, daß, wenn Deutschland loyal sei, es nicht beunruhigt werde, daß aber, wenn es nicht loyal wäre, ihm nichts erspart bleibe. Im Verlaufe der Verhandlungen, die eingeleitet wurden und die nun täglich fortgesetzt werden, werden wir nichtzugeben, daß Frankreich zu leiden haben werde.

Als Herriot seine Rede beendet hatte, wurden ihm vom Senat Dotationen bereitet. Senator Lucien Hubert stellt fest, daß die Erklärungen des Ministerpräsidenten ihn im ganzen befriedigt haben, allerdings unter dem Vorbehalt weiterer Auseinandersetzungen. Ich will, sagte er, unterstreichen, daß Herriot erklärt hat, daß im Einverständnis mit unseren Alliierten Deutschland entwaffnet werden muß. Wenn der Ministerpräsident dieses Programm durchführt, wird er sich um das Land sehr verdient machen.

Der Senat sprach Herriot schließlich mit 397 gegen 97 Stimmen das Vertrauen aus.

Der Senat verläßt alsdann diesen Gegenstand und beschließt u. a., daß die Aussprache über die Interpellationen, betreffend die Politik der Regierung, am 8. Juli stattfindet.

Keine Verschiebung der Juli-Konferenz.

London, 27. Juni. Eine Note der Reuter-Agentur besagt, daß man in London genaue Kenntnis von einem Schritt habe, den Herriot gewissen Informationen zufolge bei dem Pariser britischen Botschafter unternehmen habe, um von ihm genauere Aufschlüsse über die wirtschaftliche Verschiedenheit der beiden nach der Konferenz von Chequers veröffentlichten französisch- und englischen Kommuniqués zu erbitten. Es wird in der Note festgestellt, daß die angestrebte Unterredung zwischen Herriot und Lord Crewe erfolgt ist. Ferner sei es unrichtig, daß Macdonald bei Herriot hinsichtlich dieser Zusammenkunft Vorstellungen erhoben habe. Entgegen gewissen Gerüchten wird festgestellt, daß keine Absicht besteht, die für Juli vorgesehene Konferenz auf ein späteres Datum zu verschieben.

Verstärkung der Ruhrbesetzung.

Genf, 27. Juni. Das „Journal“ meldet: Es sei erwartet ein Bericht des Generals Degoutte in Paris eingetroffen, der zahlreiche Verhaftungen im besetzten Gebiet gegen deutsche Vorbereitungen für Angriffe auf die Besatzungstruppen meldet. Dem „Journal“ zufolge sind über 200 Verhaftungen seit Sonntag erfolgt. Der gestrige Kabinettsrat unter Doumergues Vorhabe sich infolgedessen im allgemeinen für Verstärkung der Ruhrbesetzung ausgesprochen.

Das Schicksal der Kriegsanleihe

Berlin, 27. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Die neue Bewertung der Kriegsanleihen auf den Börsen hat zu Gerüchten bezüglich einer Aufwertung der Anleihen Anlaß gegeben. Es muß festgestellt werden, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Japanische Entschuldigung bei Amerika.

Washington, 27. Juni. Das Staatsdepartement teilt mit: Der japanische Zolldirektor hat dem amerikanischen Konsul in Yokohama aus Anlaß der angeblich ungehörigen Behandlung, die Zollbeamte in Yokohama amerikanischen Bürgern zuteil werden ließen, den Ausdruck seines Bedauerns ausgesprochen und die Entlassung der verantwortlichen Beamten in Aussicht gestellt.